

Abwrackprämie

„Abwracken“ ist eigentlich kein schönes Wort. Ein „Wrack“, also etwa Hässliches und Kaputtes, wird beseitigt, es muss unser Auge nicht mehr stören. Dafür gibt es staatliches Geld – immerhin stolze 2.500 Euro pro Auto. Ob es sich dabei wirklich um eine Schrottmühle handelt, spielt keine Rolle. Auch das von klugen Menschen mit Sorgfalt hergestellte Fahrzeug, das nach zehn Jahren immer noch prima fährt, wird erfasst. Die Pflege von Sachen ist plötzlich keine Tugend mehr. Ein Anarcho könnte auf die Idee kommen, erst mal noch ein wenig die Türe der Arbeitsagentur zu rammen oder Jagd auf Nachbars Kläffer zu machen – auf die Beulen kommt es ja beim besten Willen nicht mehr an. Zum Glück gibt es solche Leute nur ganz, ganz selten in Deutschland; wir können weiter unbesorgt über die Straße gehen.

Wirtschaftlich ist der Sinn der Maßnahme höchst zweifelhaft. Es ist ja schön, wenn bei Opel und VW Überstunden anstehen und keine Kurzarbeit – aber wie wird es im nächsten Jahr sein? Wer kauft sich da noch ein Auto? Wenn das Strohfeuer erloschen ist, wird der Niedergang umso schlimmer: Nicht nur für die Automobilindustrie, sondern auch für die Zulieferer und insbesondere die Händler. Man zieht die Nachfrage einfach nach vorne: Hauptsache, es gibt heute gute Nachrichten, was in einem halben Jahr passiert, ist nicht so wichtig.

Dabei könnte man das Geld für nützliche Dinge ausgeben. Die Infrastruktur kann man fördern und insbesondere die Qualifikation der Jungen wie der heute schon Arbeitenden: Das wären Investitionen in die Zukunft, die die Arbeit in fünf, zehn oder fünfzehn Jahren besser und effizienter machen. Ein bisschen tut man das ja, aber so richtig scheint es nicht zu laufen. Im „Konjunkturpaket II“ hatte man die gute Idee, die Kurzarbeit für Weiterbildung zu nutzen. Der Arbeitgeber sollte die Beiträge zur Sozialversicherung voll zurückerhalten, wenn die ausfallende Arbeitszeit zu mehr als 50 % mit Qualifizierungsmaßnahmen ausgefüllt wird. Doch die Deutschen sind keine Meister im Improvisieren. Allenthalben war zu hören, man habe beim besten Willen nichts Passendes gefunden. Nun kommt die Neuregelung: Nach einem halben Jahr Kurzarbeit erhält der Arbeitgeber automatisch alle seine Beiträge erstattet. Der

Anreiz ist weg, man wird zu Hause die Wände tapezieren oder der Oma beim Umzug helfen.

Wie kommt man eigentlich bei uns in eine Position, wo man über solche Dinge mitentscheiden kann? Bei den Bankern hat man die Frage nie gestellt, aber die Mechanismen waren – höflich ausgedrückt – suboptimal. Ob sie bei öffentlichen Funktionsträgern besser sind? Ich hätte da gerne mal eine Antwort.

Fundstelle: Der Betriebsrat (dbr) Heft 7/2009 S. 3